Abend-Ausgabe Nr. 421 Mittwoch, 7. September 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.20, durch Postbezug RM. 2.20 einschl. 48,84 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlicher Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schöffenamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Der Tag des Arbeitsdienstes

40000 Arbeitsmänner marschieren vor dem Führer

Drahtbericht unseres nach Nürnberg entsandten Dr. R. B.-Schriftleiters

Nürnberg, 7. September.

Der erste große Aufmarsch des Reichsparteitages Großdeutschland war, wie in jedem Jahr, den Männern des Arbeitsdienstes vorbehalten, den Trägern des neuen Adels der Arbeit. In einer Stärke von 40 000 Arbeitsmännern und 2000 Arbeitsmaiden marschierten sie am Morgen des Mittwochs an dem Führer vorüber, um nach vollendetem Aufmarsch, der trotz des trüben Wetters ein großartiges und eindrucksvolles Bild hinterließ, in einer Feierstunde erneut das Gelöbnis ihres Einsatzes für den Führer und Großdeutschland abzulegen. Ein besonders weihevoller Akt dieser Feierstunde war die Spatenübergabe an die Ostmark und die Totengedenkfeier.

Nicht strahlender Sonnenschein wie im vergangenen Jahre, sondern die breite Betonstraße der Zeppelinwiese ist regenglatt und mit glänzenden Pfützen übersät, glitschnaß der Rasen. Es nieselt. Nein — der Reichsarbeitsdienst, dem der Führer auf dem Reichsparteitag 1936 zurief: „Ihr wißt gar nicht, wie das deutsche Volk euch liebgewonnen hat!" findet heute keinen freundlichen Himmel. Und doch sind die Tribünen dicht besetzt, und doch ist keine Lücke in den Menschenmassen, in denen die einzelnen verschwinden, so daß die weit über 100 000 Zuschauer einen geschlossenen, flächigen Saum des großen Vierecks bilden.

Jetzt brodeln die Menschen auf in Rufen und Jubel. Wie wenig kommt es also auf das Wetter an, wenn er nur da ist: Der Führer! In die Heilrufe mischen sich die Fanfaren. Das Motiv „Ich hab' mich ergeben" ist hineinverwoben in die Eröffnungsklänge. Reichsarbeitsführer Hierl meldet. Schon locken Trommeln und Pfeifen. Der Vorbeimarsch beginnt, der anderthalb Stunden dauert. Hierl führt ihn an. Ein Händeklatschen von einzigartiger Stärke empfängt die Abteilungen. Jawohl, das deutsche Volk sieht seinen Arbeitsdienst! Und wie marschiert er! Die „Gewehre des Friedens", die Spaten, liegen haarscharf ausgerichtet auf den Schultern. Dieses Werkzeug in der Hand der erdbraunen Männer hat Deutschland doppelten Gewinn gebracht: räumlich mehr als eroberte Provinzen; moralisch die Heiligung der Arbeit. Diese Spaten, unter denen die deutsche Jugend ohne Unterschied steht, haben dem Klassenkampf das Totenbett gegraben. Sie sind Sinnbild des deutschen Sozialismus geworden.

Der Reichsmusikzug spielt die Schulen des Reichsarbeitsdienstes vorbei. Die Klänge sind der RAD-Marsch Nr. 1 „Der Reichsarbeitsführer". Hinter der Fahnenabteilung marschiert der Leiter der Schulen, Generalarbeitsführer Dr. Decker, zwei Feldmeisterschulen und 15 Truppführerschulen. Dann tritt die Marschsäule I an. Hei, das ist der Kaiserjägermarsch! Wie die Menge klatscht. An diesem Parteitag des Großdeutschen Reiches kommt der Arbeitsgau Oesterreich zuerst, geführt von Oberstarbeitsführer Band.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aufn.: Weltbild

Einmarsch der Blutfahne und der Standarten in die Kongreßhalle

Militär requiriert den Hafen von Marseille

Paris, 7. September.

Die Weigerung der Hafenarbeiter von Marseille, die letzten Vorschläge anzunehmen, die die Arbeitgeber im Einvernehmen mit dem Arbeitsminister unterbreitet haben, hat die französische Regierung nunmehr zu energischen Maßnahmen veranlaßt. Das amtliche französische Gesetzblatt veröffentlicht am Mittwoch eine Verordnung, mit der der Hafen von Marseille requiriert und unter militärische Kontrolle gestellt wird. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Amerikas Mütter gegen die Kriegsschwätzer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. September.

Die fortgesetzten Kriegsreden maßgebender amerikanischer Politiker und ihre unverantwortliche Stellungnahme zu europäischen Problemen haben jetzt dazu geführt, daß in der Kanzlei Roosevelts täglich viele Briefe amerikanischer Mütter und Väter eintreffen, die es als Fehler bezeichnen, daß die Vereinigten Staaten sich seiner Zeit in den Weltkrieg hineinziehen ließen. Präsident Roosevelt wird von den Müttern aufgefordert, im Interesse der Zukunft ihrer Kinder eine Erklärung abzugeben, die alle Kriegsgespenster vom amerikanischen Volke fernhält.

Deutsche in Kowno überfallen und mißhandelt. In der Kownoer Vorstadt Schanzen sind fünf Deutsche von einer Gruppe litauischsprechender Männer überfallen und mißhandelt worden. Einige haben sehr schwere Verletzungen davongetragen. Bei den Angreifern handelt es sich um eine Gruppe, die seit Tagen immer wieder deutschsprechende Personen überfällt.

Aufn. Preuß-Hoffmann

Die HJ-Fahnen vor dem Führer

Die HJ-Fahnen des Adolf-Hitler-Marsches marschierten am Dienstag vor dem Führer am „Deutschen Hof" vorbei. Dem Vorbeimarsch der Fahnen wohnten auch Abordnungen der Jugend-Organisationen aus Japan, Spanien und Rumänien bei.

Vorschlag der „Times" zum tschecho-slowakischen Problem

Abstoßung der nicht-tschechischen Volksgruppen erörtert

London, 7. September.

In sehr bemerkenswerter Weise nimmt die „Times" am Mittwoch in einem Leitartikel zur sudetendeutschen Frage Stellung.

Sollten die Sudetendeutschen, so schreibt das Blatt, mehr fordern, als die tschechische Regierung anscheinend bereit sei zuzugestehen, so könne das nur so ausgelegt werden, daß die Deutschen über die reine Behebung von Unzulänglichkeiten hinausgehen und sich innerhalb der tschecho-slowakischen Republik nicht wohlfühlen.

In diesem Falle könne sich für die tschechische Regierung die Frage ergeben, ob sie den Weg einschlagen solle, der in gewissen Kreisen Anerkennung gefunden habe, nämlich die Tschecho-Slowakei dadurch zu einem einheitlicheren Staatsgebilde zu machen, daß man sich von den Teilen der Bevölkerung trennt, die an die Nationen grenzen, mit denen sie rassenmäßig eins seien. Auf jeden Fall würden die Wünsche der beteiligten Bevölkerung ein entscheidendes, wichtiges Element bei jeder Lösung darstellen, von der man auf Bestand hoffen könnte. Die Vorteile, die für die Tschecho-Slowakei daraus erwachsen würden, daß sie ein einheitlicher Staat würde, würden möglicherweise die Nachteile aufwiegen, die sudetendeutschen Bezirke des Grenzgebietes zu verlieren.

Prager Plan Numero drei

Drahtbericht unseres Prager gs-Mitarbeiters

Prag, 7. September.

In den Abendstunden des Dienstags empfing der tschechische Staatspräsident die beiden Mitglieder der sudetendeutschen Verhandlungsdelegation Kundt und Sebekowsky und kündete ihnen an, daß Ministerpräsident Dr. Hodza der Sudetendeutschen Partei einen Vorschlag der Regierung überreichen werde.

Diese Verkündigung bestätigt die Tatsache, daß der Sudetendeutschen Partei entgegen anderslautenden Pressestimmen bis heute weder offiziell noch inoffiziell die neuen Vorschläge der Regierung zur Kenntnis gebracht wurden.

Die Uebergabe der dritten Verhandlungsgrundlage durch Dr. Hodza an die Vertreter der Sudetendeutschen Partei dürfte am Mittwoch erfolgen. Es wird von tschechischer Seite wieder einmal von „weitgehenden Zugeständnissen" im Sinne des tschechischen Gaugesetzes von 1920 gesprochen.

Zu den Berichten, daß heute eine Unterredung zwischen Ministerpräsident Dr. Hodza und Abg. Kundt stattgefunden habe, erfahren wir, daß es heute zu einer Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten und Vertretern der Sudetendeutschen Partei nicht kam. Nachmittags hatten die Abg. Kundt und Dr. Rosche eine zweistündige Unterredung mit den Herren Ashton-Gwatkin, Stopford und Henderson. Später wohnte auch Lord Runciman der Aussprache persönlich bei.

Zu diesem sogenannten dritten Plan muß eindeutig betont werden, daß die im Jahre 1920 gesetzlich verankerte, in der Praxis aber nie durchgeführte Gaueinteilung das sudetendeutsche Gebiet in viele kleine Teile zerstückelte, die ihrerseits verschiedenen tschechischen Gauen zugeteilt wurden, so daß die sudetendeutsche Bevölkerung in den einzelnen Verwaltungseinheiten jederzeit von der tschechischen Mehrheit überstimmt werden konnte.

Man darf deshalb darauf gespannt sein, wie die Prager Regierung diese alten Gaugesetze mit den sudetendeutschen Autonomieforderungen vereinbaren will. Auch die Erklärungen, daß die Kompetenz- und Rechtsgewalt der einzelnen Gaue im Sinne der sudetendeutschen Forderungen erweitert worden sei, gibt zu begründeten Zweifeln Anlaß, wenn man bedenkt, was die Prager Regierung bisher alles als „Erweiterung" bestehender engherziger Bestimmungen angepriesen hat. Bestimmungen über die Proportionalität der Sudetendeutschen im Staatsdienst enthielt bekanntlich schon das sogenannte deutsch-tschecho-slowakische Ausgleichsabkom-